



MITTAGSPOST

Regierungserklärung zu Brüsseler Gipfel

- Am Mittwoch dieser Woche gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung zu der anstehenden Sitzung des Europäischen Rates in Brüssel ab. Inhaltlich wird es bei der Sitzung des Rates um die Reformvorschläge der britischen Regierung sowie die einer gerechteren Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen innerhalb der EU gehen.
- Frank-Walter Steinmeier berichtet in der Fraktionssitzung über die intensiven diplomatischen Verhandlungen, um vor allem den Krieg in Syrien zu beenden. Auch wenn einige Verhandlungspartner (neben den USA, der EU, auch Russland, Türkei, Iran, Katar, Saudi-Arabien) bei der Syrienkonferenz alles andere als demokratische Musterstaaten sind, ist es der einzige Weg aus der Krise. Denn wie sähe eine Alternative aus? Jetzt wird zumindest an einer Lösung gearbeitet. Es ist schade, dass die Konfliktparteien sich nicht auf einen sofortigen Waffenstillstand einigen konnten, aber es ist ein weiterer Schritt getan.
- Der angestrebte Waffenstillstand ist wichtig. Das Töten muss endlich aufhören. Genauso wichtig ist es, die Versorgung der eingeschlossenen Menschen in Aleppo und den anderen Ortschaften zu sichern. Erste Versorgungskonvois sind am Dienstag angekommen, weitere werden folgen. Besonders erschreckend sind die Meldungen der letzten Tage über die Bombardierung von Krankenhäusern und Schulen. Hier muss es zu einem spürbaren Rückgang der militärischen Aktionen von Russland und der Türkei, wie in München vereinbart, kommen.

Aktuelles aus dem Plenum

- Am Freitag hat der Deutsche Bundestag einen weiteren — mittlerweile den vierten Untersuchungsausschuss - zu sogenannten „cum-ex“-Geschäften eingerichtet. Das ist richtig so, da mit diesen Geschäften auch deutsche Unternehmen unrechtmäßig Steuererstattungen erschlichen haben (ca. Schaden 12 Mrd. €). Um diese Form der organisierten Kriminalität zu bekämpfen, klärt der Ausschuss erst auf und gibt dann Empfehlungen für weitere gesetzliche Änderungen.
- In dieser Woche haben wir das Kulturgüterchutzgesetz, an dem ich mitgearbeitet habe, in erster Lesung an die Ausschüsse überwiesen. Mir ging es dabei vor allem darum, den Handel antiker Gegenstände aus illegalen Raubgrabungen besonders über Auktionen zu verhindern. Dazu bedarf es nachvollziehbarer Herkunftsnachweise. Deutschland ist inzwischen zentraler Handelsort von Kulturgegenständen ungeklärter Herkunft. Die Gewinne fließen in die Taschen von Kriminellen und oftmals auch Terroristen.



Susanne Mittag mit Henrike von Platen, Präsidentin Frauennetzwerk Business and Professional Women, das 2008 den ersten „Equal Pay Day“ in Deutschland initiierte, beim Empfang zum Internationalen Frauentag der SPD-Fraktion.

- In dieser Woche wurde der Entwurf zu einem Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren in das parlamentarischen Verfahren gebracht. Mit der Einführung der beschleunigten Asylverfahren koppeln wir den vollen Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dieser wird erst nach Registrierung, Verteilung und Ausstellung des neuen Flüchtlingsausweises in der zugewiesenen Aufnahmeeinrichtung möglich. Damit wird der Zuzug und die Verteilung der Menschen innerhalb Deutschlands besser gesteuert. Des Weiteren werden die Rahmenbedingungen für ärztliche Atteste im Zusammenhang mit Abschiebungen präzisiert und klargestellt. Zum besseren Schutz von Minderjährigen in Erstaufnahmeeinrichtungen sind nun erweiterte Führungszeugnisse für Mitarbeiter, die Kinder betreuen, vorgeschrieben. Zur besseren Bewältigung der aktuellen Situation soll der Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus für zwei Jahre ausgesetzt werden. Wir haben im Gegenzug durchgesetzt, dass Familienangehörige von subsidiär Geschützten bei einer künftigen Aufnahme von syrischen Flüchtlingen im Rahmen von Kontingenten bevorzugt berücksichtigt werden.

- Mit dem Entwurf des Gesetzes für straffällig gewordene Ausländer, das ebenfalls in dieser Woche eingebracht wurde, wird die Ausweisung von kriminellen Ausländern erleichtert sowie bei Asylsuchenden, die Straftaten begehen, die rechtliche Anerkennung als Flüchtling konsequenter als bisher versagt. So besteht in Zukunft ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse, wenn ein Ausländer wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurde. Auch bei serienmäßigen Eigentumsdelikten, bei denen keine Gewalt angewendet wurde, kann nun ein sogenanntes schweres Ausweisungsinteresse bestehen.

- Im Rahmen der Küstengang haben wir uns mit Dr. Katrin Suder, Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, getroffen. Es ging um Oberwasserschiffbau, Schlüsseltechnologie, derzeitige Planungen und Auftragsvergaben des Verteidigungsministeriums und die Folgen für unsere Werften im Norden.



Dr. Karin Suder, Staatssekretärin im Verteidigungsministerium bei der Küstengang (4. von links).

- Die AfD hat in den letzten Wochen wieder unrühmliche Schlagzeilen gemacht: da werden Schießbefehle auf Frauen und Kinder propagiert, Ängste und Sorgen von Menschen ausgenutzt. Wir müssen uns mit der AfD auseinandersetzen und ihr unsere Werte entgegenhalten. Statt Hetze und Falschinformationen setzen wir klare Vorstellungen und sachliche Argumente. Deshalb finde ich die aktuelle Kampagne [„Stimme der Vernunft“](#) der SPD hervorragend. Bitte unterstützt diese Kampagne und zeigt, dass diese Hetzer nicht in der Mehrheit sind. Egal ob im realen Leben oder im Internet. Seht mal rein, dort gibt es einen guten Überblick über angebliche Fakten der AfD und deren Wahrheitsgehalt; gut für Gespräche vor Ort.



Termine

20.02.2016 Sitzung des Bezirksvorstandes in Wardenburg

22. – 26.02.2016 Plenarwoche in Berlin

27.02.2016 Kommunalkongress der SPD Niedersachsen in Hannover